

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

24.3.1928 (No. 72)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontor
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amund
Karlsruhe

Zeitungspreis: Monats 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Post- oder Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Am Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Umlage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der Bericht des Lohmann-Ausschusses

Zu Lasten des Reichs 25,9 Millionen.
W.D. Berlin, 24. Dez. (Tel.) Der Unterausschuss des Haushaltsausschusses des Reichstages, der für die Untersuchung der Lohmann-Angelegenheit eingesetzt war, legte heute dem Haushaltsausschuss seinen Bericht vor. Der Ausschuss hat sich mit drei Fragen beschäftigt, nämlich mit den Geldquellen der Lohmann-Unternehmungen, mit den Vermögenswerten des Kapitäns Lohmann und mit den Funktionen der Lohmann-Unternehmungen. An dem Bericht des Ausschusses, aus dem das Nachrichtenbüro W.D. Einzelheiten mitteilen kann, ist folgende Erklärung des Reichswehrministers Gröner über die Geldquellen enthalten:

Der Sonderfonds des Kapitäns Lohmann wurde aus drei Quellen gespeist. Einmal handelt es sich dabei um Beträge, die nicht zu den planmäßigen Haushaltsmitteln der Marine gehörten. Ich denke dabei an die dem Ruhrfonds entstammenden Gelder, sodann an Restbestände aus dem sogenannten Lohmann-Fonds für Kriegsgefangenen-Transporte, des ferneren an Erlöse aus dem Verkauf von Preisenschnitten und Geräten. Die zweite Kategorie der Lohmann-Mittel ist dem Marineetat entnommen. Die dritte Kategorie umfasst diejenigen Beträge, die von Kapitän Lohmann auf dem Kreditwege aufgebracht worden sind. Die dritte Kategorie der Lohmann-Mittel macht es verständlich, wie es zu der ganzen Geldwirtschaft des Kapitäns Lohmann gekommen ist.

Die Einnahmeposten für den Lohmann-Fonds beim Reichsmarineamt sehen sich wie folgt zusammen:

1. Ruhrfonds rund 10 Millionen RM, dazu Rückflüsse 340 000 RM,
2. Restgelder aus dem Kriegsgefangenen-Transport, dem Lohmann-Fonds, 924 700 RM,
3. Erlöse aus dem Verkauf von drei Preisenschnitten 152 000 Reichsmark,
4. Erlöse aus dem Verkauf von Geräten 150 000 RM,
5. Mittel aus dem Marineetat, und zwar für Herbstübungen der Motorboote 145 000 RM und für Schnellboote zweck 995 000 RM, zusammen 1 145 000 RM,
6. Kredite 1928 insgesamt 6 950 000 RM.

Insgesamt ergibt sich eine Summe von 19 700 000 RM. Von den Krediten entfallen auf eine Hypothek auf das Tiergartengrundstück 1 750 000 RM, auf die Bremer Antiquaria-Bank 900 000 RM, auf die Strozentrale 1,3 Millionen und auf die Seehandlung 8 Millionen RM.

Die Besprechung ergab, daß die Überweisung der ersten 10 Millionen an dem Lohmann-Fonds auf die Art vor sich gegangen ist, daß das Reichswehrministerium aus dem ihm zugeflossenen Mittel des Ruhrfonds diese Summe selbständig dem Reichsmarineamt überwies. Dem Kabinett Stresemann ist von dieser Abzweigung nichts bekannt geworden. Außerhalb des Reichswehrministeriums wurde die Existenz der Lohmann-Unternehmungen im Jahr 1926 dem Reichsfinanzminister Reinhold bekannt, als er um weitere Mittel angegangen wurde. Über Rückflüsse an den Lohmann-Fonds vor dem Ministerium Guno 1923 ist, wie der Reichswehrminister Gröner mitteilt, nichts festgestellt worden.

Die drei Millionen Kredit der Seehandlung entnahm Lohmann, wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, selbständig aus einem größeren, im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium eröffneten Kredit zur Unterstützung des Tank-Schiffbaues. Er hat diesen Kredit in Höhe von 10 Millionen und die Bürgschaft für einen weiteren 7,9-Millionen-Kredit bei der Bremer Schöder-Bank zum gleichen Zweck im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium aufgenommen bzw. gegeben. Das Wehrministerium vertritt den Standpunkt, daß Finanzminister Reinhold die Bürgschaft genehmigt habe. Von demokratischer Seite wurde dem widersprochen. Der Zufluß von Geldern aus Industrie-, Handels- oder Bankkreisen ist nach Angaben des Reichswehrministers nicht feststellbar.

Über die Vollmachten Lohmanns

erklärte Admiral Bentz, sein Vorgänger, Admiral Behne, habe dem Kapitän Lohmann bestimmte Anweisungen und Richtlinien erteilt. Freiheit habe Lohmann nur in der Wahl der zweckmäßigsten Wege und Maßnahmen gehabt. Den Lohmann-Fonds durch die Staatsabteilung verwalten zu lassen, sei aus militärpolitischen Gründen zuerst während der Ruhrbesetzung vermieden worden. Für die erste Gruppe der Unternehmungen trage die Marineleitung die volle Verantwortung. Sie seien mit Billigung des Ministers auch nach Erledigung des Ruhrkampfes bestehen geblieben.

Darin erblickten die Sozialdemokraten eine Staatswidrigkeit. Andere Parteien meinten dagegen, es wäre ungewöhnlich gewesen, die aus dem Ruhrfonds mit erheblichen Aufwendungen geschaffenen Einrichtungen sofort aufzuheben. Auf sozialdemokratische Frage wurde festgestellt, daß Lohmann niemals eine Abrechnung oder einen parlamentarischen Bericht gewünscht habe. Es ist auch niemals eine Revision erfolgt.

Bei der Prüfung

der Funktionen der Unternehmungen

wurden Einnahmen des Lohmann-Fonds von insgesamt 19,7 Millionen festgestellt. Eine Zusammenstellung der Zahlungen bzw. Verpflichtungen des Lohmann-Fonds ergab das folgende Bild:

1. Zahlungen des Kapitäns Lohmann rund 19,9 Millionen,
2. Zahlungen der Abwicklung bis 15. März 1928 rund 4,7 Millionen,
3. Verpflichtung an die Seehandlung 1931 fällig, drei Millionen Reichsmark,

Letzte Nachrichten

Das Reich und die D. A. Z.

M. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hatte sich gestern gegen Mitteilungen der „Deutschen Zeitung“ zur Wehr gesetzt, die von Subventionen und verschleierte Reichsbeteiligung sprachen. Auch Dr. Stresemann erklärte heute, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ nicht im Besitz des Reichs ist und Unterstellungen weder verlangt noch erhalten hat.

Verbindlichkeitsklärung des Buchdruckschiedsgerichts

W.D. Berlin, 24. März. (Tel.) Der Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

Deutsche Finanzberater für Persien

M. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Die persische Regierung hat in freundschaftlichem Übereinkommen ihre Verbindung mit den amerikanischen Finanzberatern gelöst und will an ihrer Stelle deutsche und schweizerische Finanzberater berufen.

Pierpont Morgan in Paris

M. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Pierpont Morgan, der sich zur Zeit in Paris aufhält, wird in den nächsten Tagen eine Unterredung mit Poincaré über internationale Finanzfragen haben. Man mißt dieser Aussprache große Bedeutung bei, da Morgan bekanntlich auch einer der internationalen Berater der Pariser Konferenz war, die seinerzeit den ersten Anstoß zum Dawesplan gab.

4. Nachtragsetat 1928 sieben Millionen, insgesamt 34,6 Millionen. Hinzu kommen Bürgschaften und Eventualverpflichtungen:

Wöhns: 7,4, Tankdampferbau: 17,9, Nordlohd und Deschimgal 1,2, Caspar-Werksvertrag 0,24 Millionen, zusammen also 28,86 Millionen Reichsmark. Die aus den Lohmann-Bürgschaften entstehenden Zahlungen und Verpflichtungen sind in den 34,6 Millionen enthalten. Die Wöhns-Bürgschaften sind zum Teil abgedeckt, zum anderen Teil auf den Nachtragsetat übernommen. Den Verpflichtungen aus den Tankdampferbauten von noch 6,3 Millionen und gegenüber der Seehandlung von noch sieben Millionen stehen entsprechende Gegenwerte an Schiffstonaage gegenüber. Der Rest des Seehandlungskredites in Höhe von drei Millionen, den Lohmann selbständig abgezweigt hat, ist 1931 fällig.

Aus der Verwertung der Aktien und der Rückzahlung der Darlehen sind zu erwarten insgesamt 9 200 000 RM.

Von den Lasten des Reichs in Höhe von 25,9 Millionen RM sind 12,7 Mill. RM Ausgaben nach Zweckbestimmung des Ruhrfonds gewesen. 7 Millionen werden durch den Nachtragsetat 1928 (Wöhns) gedeckt, 3 Millionen RM Kredit bei der Seehandlung stehen noch offen. Sie sind 1931 fällig. Der Rest des Defizits in Höhe von etwa 8 Mill. RM soll nach Möglichkeit dadurch gedeckt werden, daß diejenigen Positionen, aus denen die Reichsmarine einen Nutzen gezogen hat, aus dem Marineetat übernommen werden.

Zur Frage der zivilrechtlichen Regreßnahme

bedarf es nach Ansicht des Rechnungshofes noch einer eingehenden Feststellung der tatsächlichen Vorgänge. Vor dem Abschluß der Erhebungen muß jedoch noch die Rückkehr des früheren Reichswehrministers Geßler abgemacht werden, da diese Stellungnahme für die rechtliche Beurteilung der Vorgänge bedeutsam ist.

Der Unterausschuss schlägt dem Haushaltsausschuss folgende Entschlüsse vor:

Die Lohmann-Mittel, soweit sie aus dem Ruhrfonds stammen, sind etatsmäßig angewiesene Mittel, sie der Kontrolle der Haushaltsabteilung des Reichswehrministeriums zu unterziehen, war unzulässig, wenn auch für die Zeit der Ruhrbesetzung erklärlich.

Die Verklärung des Ruhrfonds mit Mitteln, die ihrer Herkunft nach den eigenen Einnahmen des Reichs hätten zugeführt werden müssen, ist eine schwere Verletzung der Reichshaushaltsordnung.

Die von Kapitän Lohmann aufgenommenen Kredite und gegebenen Bürgschaften stehen außerhalb des Statrechtes. Soweit Verantwortlichkeit anderer Stellen für Lohmann eine Deckung ergeben haben, ist eine Verletzung des Statrechtes durch jene Stellen erfolgt.

Die ursprüngliche Generalermächtigung für Kapitän Lohmann bezog sich auf die Verwaltung etatsmäßig bewilligter Mittel. Die Ausdehnung des Aufgabekreises des Kapitäns Lohmann über die ihm gegebenen Anweisungen sind mit dem Statrecht unvereinbar. Es hat die völlige Liquidation aller Lohmann-Unternehmungen zu erfolgen. Dabei sind alle Möglichkeiten der Regreßansprüche wahrzunehmen.

Dem Haushaltsausschuss ist am 1. Juli 1928 ein Bericht über den Stand der Liquidation vorzulegen.

Im übrigen erwartet der Hauptauschuss, daß die Auflösung der Sonderfonds bei den Ministerien und die vom Reichsfiskus angeforderte Kontrollkommission für den Reichswahretat umgehend erfolgt.

Zum Schluß erklärt der Unterausschuss, daß der Bericht an Hand der bekanntgewesenen und bekanntgewordenen Tatsachen verfaßt sei. Über diesen Bericht hinaus müsse der Unterausschuss es ablehnen, für etwaige Unvollständigkeit des Berichtes die Verantwortung zu tragen.

* Innerpolitische Entspannung

Wenn nicht ganz unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen, wird der Reichstag am 31. März, nach Erledigung des Notprogramms aufgelöst werden. Die Neuwahlen werden wahrscheinlich am 20. Mai stattfinden. Die Parteien haben dann also sieben Wochen für den Wahlkampf zur Verfügung. Eine Zeit, die zweifellos ausreicht; zumal ja der Wahlkampf eigentlich schon seit Monaten und Monaten entbrannt ist, und kaum noch die Möglichkeit besteht, den Wählern viel Neues zu sagen.

Die Koalition des letzten Jahres ist innerlich bereits an dem Tage zusammengebrochen, als die Nichtverabschiedung des Reichsschulgesetzes feststand. Die Opposition aber hatte schon vorher den Wahlkampf entfesselt, weil sie — genau so, wie die Mitglieder der Koalitionsparteien selbst — genau wußte, daß der äußerliche Ritt der Rechtskoalition bis zu dem Augenblick der Auflösung des Reichstags anhalten würde. Die Grenzen waren also klar abgesteckt. Eine sensationelle Änderung ergab sich höchstens durch den innerlichen Auseinanderfall der Koalition. Aber diese Änderung war für die Oppositionsparteien nicht so bedeutend, wie es von manchen angenommen worden ist. Denn der Kampf der Opposition richtete sich vornehmlich gegen die Deutschnationalen. Von vornherein war es klar, daß der Kampf gegen das Zentrum nicht mit der gleichen Leidenschaftlichkeit geführt werden würde. — Die Sozialdemokratie ist klug genug, um sich zu sagen, daß es unzuverlässig ist, einen Gegner bis aufs Messer zu bekämpfen, mit welchem man in Kürze womöglich ein Bündnis eingehen kann.

Die Gegnerschaft als solche wird dabei natürlich nicht verleugnet. Zentrum und Sozialdemokratie werden in den sieben Wochen des eigentlichen Wahlkampfes energisch gegeneinander vom Leder ziehen. Aber ein Knackpunkt wird keine Partei dem Gegner beibringen wollen, eben, weil über alle parteipolitischen Gegensätze hinaus doch ein gewisses Bedürfnis nach der Existenz des andern besteht. So lange nicht damit zu rechnen ist, daß eines Tages entweder sämtliche Zentrumswähler Sozialdemokraten oder sämtliche Sozialdemokraten Zentrumswähler werden, ist es für beide Parteien am besten, sich gegenseitig zu achten und zu tolerieren, um in gegebenen Fällen gemeinsame Politik treiben zu können.

Was die Deutschnationalen betrifft, so ist die Möglichkeit einer solchen gemeinsamen Politik mit dem Zentrum gegeben, aber nicht mit der Sozialdemokratie. Es ist das der Schlüssel zum Verständnis unserer gesamten Politik. Einstweilen kann jede Rechnung von der Tatsache ausgehen, daß Sozialdemokraten und Deutschnationale eine Koalition miteinander nicht eingehen werden. Für die beiden Parteien selbst ist die Bindung, die aus dieser Tatsache spricht, wie eine jede Bindung, grundsätzlich gewiß nicht angenehm, sofern man den Blick auf eine positive Politik gerichtet hält. Für die andern Parteien dagegen ist diese Tatsache sehr erwünscht. Denn: wenn sich zwei zanken, freut sich der Dritte.

Selbstverständlich wird in absehbarer Zeit an jenem Faktum nichts zu ändern sein. Die politische und gesellschaftsmäßige Abneigung, die zwischen Sozialdemokraten und Deutschnationalen herrscht, ist so groß, daß kein vernünftiger Politiker, und sei er auch noch so wettstüchtig, auf eine Annäherung der beiden Parteien wetten dürfte. Dennoch bleibt im parlamentarischen Staat die Politik der Zentrumspartei wohl die richtige, nämlich die Politik, sich für jede Koalition frei zu halten.

Das Notprogramm wird vom Reichstag verabschiedet werden. Die Einigkeit der früheren Koalitionsparteien hat angehalten, und die Opposition hat durch eine Politik der Wägung die Arbeiten erleichtert. Man mag über die Einzelheiten des Notprogramms denken, wie man will, es ist gut und erfreulich, daß der Reichstag die ihm auf den Kägeln brennenden Arbeiten noch erledigt. Unter neuen Verhältnissen können ja dann immer noch neue Entschlüsse gefaßt werden.

Im ganzen läßt sich feststellen, daß innerpolitisch eine gewisse Entspannung eingetreten ist, wenn das auch wahrscheinlich nur die Ruhe vor dem Sturm ist. Alle Parteien des Reichstags — mit Ausnahme der Kommunisten — haben die staatspolitischen Erwägungen über die Gefühle der Berägrung und Kleinlichkeit gestellt. Der ernste Wille, das Notprogramm durchzuführen, war da und konnte bis jetzt nicht mehr ernstlich er-

schüttelt werden. Am 31. März jedoch wird man die Hände frei haben, und der Kampf wird beginnen.

Zur innerpolitischen Entspannung könnte auch das Ergebnis der Untersuchungen des Reichstagsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs beitragen. Wer die Veröffentlichung des Untersuchungsausschusses aufmerksam liest, wird erkennen, daß sie eine Mittellinie einhält und auf diese Weise der historischen Wahrheit vielleicht am nächsten kommt. Natürlich wäre das Ergebnis in einem Reichstag mit anderer Mehrheit wohl etwas anders ausgefallen; zum mindesten wäre die Formulierung nicht ganz so vorsichtig gewesen. Darin erblicken wir das Nützliche der Veröffentlichung, daß sie Wunden, die doch schon am Verheilen sind, nicht von neuem aufreißt und jeder Seite mit der größtmöglichen Gerechtigkeit begegnet. Im Sinne dieser Veröffentlichung könnten sich alle Teile des deutschen Volkes wieder etwas mehr zusammenfinden; und zwar vor allem dort zusammenfinden, wo die gemeinsamen Interessen des Vaterlandes auf dem Spiele stehen. Die letzten Jahre haben gezeigt, daß das auf dem Gebiet der Außenpolitik sehr wohl möglich ist. Und die Geschichte des sterbenden Reichstags zeigt, daß auch innerpolitisch ein Zusammengehen aller Parteien in einzelnen Fragen keineswegs ausgeschlossen ist.

Am stärksten war wohl die Einmütigkeit des gesamten Reichstags bei der Beurteilung des Lohmann-Skandals. Und das ist dankbar zu begrüßen, gerade, wenn man eine Besserung für die Zukunft wünscht. Je schärfer die einzelnen Minister und das Parlament aufpassen, je rückhaltloser öffentliche Skandale von allen Parteien und von der gesamten Presse verurteilt werden, um so weniger ist die Wiederholung zu befürchten. Daß Eigenmächtigkeit, Leichtsinns, Selbstsucht und Bestechlichkeit heutzutage stellenweise in einer besonders aufreizenden Form anzutreffen sind, das beweisen nicht nur der Lohmann-Skandal, bei welchem es sich wohl in der Hauptsache um Leichtfertigkeit handelt, sondern auch die mannigfachen Bestechungsaffäre, die in der letzten Zeit bekannt geworden sind. Man wird hier mit aller Strenge eingzugreifen haben und sich nicht nur an die bestochenen Beamten, sondern auch an die bestechenden Firmen halten. Jedenfalls verlangt die öffentliche Meinung eine Reinigung aller unsauberen Stellen. Und in dieser Forderung gibt es keinen Unterschied der Partei.

Die Lage in Rumänien

M. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Der rumänische Innenminister gibt — wie aus Bukarest gemeldet wird — außerordentlich optimistische Erklärungen über die innere Lage ab. Der Feldzug der Bauernpartei gegen den Regentenschatz habe einen völligen Zusammenbruch erlitten. Damit sei nur eine Klärung erreicht worden.

Portugal vor dem finanziellen Zusammenbruch
M. Berlin, 24. März. (Priv.-Tel.) Nach Meldungen Portugals steht Portugal vor dem völligen finanziellen Zusammenbruch. Die Gehälter der Minister werden nicht mehr voll ausbezahlt, ebenso dürfte das sehr bald auch bei den unteren Beamten der Fall sein.

Der Berliner Polizeipräsident in Paris

M. Berlin, 24. März. (Tel.) Der hier weilende Berliner Polizeipräsident Börgel, hat französischen Pressevertretern Erklärungen über den Zweck seiner Reise nach Paris abgegeben, die eine engere Fühlungnahme mit dem Pariser Polizeipräsidenten anstreben. In immer stärkerem Maße streben die Verbrecher danach, sich zu internationalisieren. Die Verbrecher begehen sich, wenn sie aus dem einen Land verdrängt würden, in ein anderes, wo sie oft Helfershelfer haben. Sehr viele der Personen, deren Aufenthalt in Frankreich für nicht wünschenswert erachtet wurde, und die angesichts der Razzien in Paris in den letzten Monaten gestochen sind, haben sich nach Deutschland begeben. Das enge Zusammenarbeiten zwischen der deutschen und der französischen Polizei ist notwendig. Im übrigen wolle er, so erklärte Börgel, während seiner Anwesenheit in Paris das Verkehrsweesen studieren.

Japanfeindliche Kundgebungen in China

M. London, 24. März. (Tel.) Die Blätter berichten aus Shanghai über ernstliche japanfeindliche Agitation in Amoy, dem großen südchinesischen Seehafen, von Seiten des extremen Teils der chinesischen Bevölkerung. Das japanische Konsulat wurde vom Rüssel mit Steinwürfen angegriffen. Ein Dampfsboot, das die japanische Flagge führte, wurde beschossen. Laut „Daily Telegraph“ ersehnten die japanischen Einwohner telegraphisch Tokio um sofortige Schritte. Der Anlaß zu den Unruhen war die Verhaftung von zwei Koreanern durch die Japaner und ihre Verhaftung nach Formosa.

Vor neuen Kämpfen in China

M. London, 24. März. (Tel.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge verlautet aus Peking, daß Tschangtschun beschloffen habe, den drohenden Angriff der vereinigten Südbeere nicht abzuwarten, sondern selbst die Offensive zu ergreifen. Der erste Angriff soll gegen Marichall Fongjubiang gerichtet werden.

Gegen Fong hofft man, einen vernichtenden Schlag führen zu können, da er sowohl zahlenmäßig, als auch hinsichtlich der militärischen Ausrüstung seiner Truppen der Kuudenpartei stark unterlegen sein soll. Würde das gelingen, so hofft man, daß damit die Möglichkeit für einen Friedensschluß zwischen dem Norden und dem Süden nähergerückt werde. Diesen hält man für um so nötiger, als die militärischen Führer offenbar Kriegsmüde geworden sind, ihre Armeen aber außerdem einen solchen Umfang angenommen haben, daß ihre Verproviantierung und Bezahlung unmöglich ist. Die Disziplin der Truppen ist infolge schlechter Verpflegung und des ausbleibenden Soldes so tief gesunken, daß den Führern die Gewalt über ihre Mannschaften aus den Händen gleitet.

Fong wird von chinesischen Beurteilern als das einzige Hindernis für den Frieden angesehen. Japanische und auch amerikanische Kreise stehen der Lage jedoch weniger zuversichtlich gegenüber, da sie meinen, die Machtmittel der Führer auf beiden Seiten seien durchaus noch nicht erschöpft und deshalb könnten die Friedensangebote nicht als aufrichtig, sondern nur als Hintertupen angesehen werden.

Deutscher Reichstag

M. Berlin, 28. März.

Präsident Eberth eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf für den plötzlich verstorbenen Zentrumsabgeordneten Rheinländer, auf dessen Platz ein Strauß weißer Rosen liegt. Abg. Philipp (Deutschn.) nimmt vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort, um der Presse die Entgegnung entgegenzutreten, daß die Veröffentlichung des Ergebnisses der Untersuchungen über die Ursachen des Zusammenbruchs über 650.000 Mk. Zuschuß erfordert habe. Noch nicht ein Zehntel dieser Summe sei erforderlich gewesen.

Die zweite Beratung des Haushalts des Reichsinnenministeriums

Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) nennt es die große Aufgabe des Innenministeriums, über die vielen Spaltungen in unserem Volk hinweg am Aufbau des deutschen Gemeinheitsgefühls zu arbeiten. Die Auseinandersetzung zwischen Reich und Ländern sei keine Angelegenheit der Bürokratie, auch keine Parteifache, sondern eine Lebens- und Schicksalsfrage des deutschen Volkes, die mit feinem psychologischen Verständnis behandelt werden müsse. Deutschland könne nur als lebensvoller Führerstaat gedeihen. Die Wege nach Wien führen über München, Regensburg und Passau. Der Wunsch nach einer Verfassungsrevision darf nicht zum Ausgangspunkt reaktionärer Bestrebungen werden. Die notwendige Reform des parlamentarischen Systems darf nicht angefaßt werden aus einer Feindschaft gegen den Parlamentarismus heraus. Eine Reform des Wahlrechts wird die nächste Aufgabe sein. Der demokratische Gedanke muß unser Staatsleben erfüllen, aber muß der deutschen Lebensart angepaßt sein. Bei der Art der deutschen Lebensart ist es nicht erträglich, daß Persönlichkeiten des politischen Lebens, die kurze Zeit eine hohe Stellung einnehmen, nun dauernd sehr hohe Pensionen beziehen (Weißall). Der Redner begrüßt die Bestrebungen zur internationalen Verständigung und beurteilt unter dem lebhaften Beifall des Zentrums die katholischen feindliche Politik der mexikanischen Regierung. Mit Sorge und Mißgefühl verfolgen wir das Schicksal der deutschen Minderheiten, vor allem das der deutschen Südtiroler. In der Grenzlandpolitik habe allerdings konfessionelle Vereingemommenheit früher vielfach die Interessen der Bevölkerung geschädigt. Das Zentrum sehe in der ostdeutschen und in der westdeutschen Landschaft Schicksalsländer der deutschen Nation. Es ist unerträglich, wenn sich die Wirtschaftsentwicklung im Innern zusammenballen und die Grenzen entblößt werden. Was nützt uns die Rheinlanddrängung, wenn wir dann nur noch wirtschaftliche Friedhöfe zurückgelassen. Beim Schulgesetz habe sich leider gezeigt, wie von manchen Parteien der Begriff der Staatsmacht gegenüber der Kirche übersteigert werde. Im Gegensatz zu ihrer sonst unitarischen Haltung wolle die Volkspartei in der Frage der Simultanschuländer eine kulturelle Enklavenwirtschaft der Länder betreiben.

Abg. Frhr. v. Kardorff (D. Vp.) geht zunächst auf die Frage einer Wahlreform ein. Mit einer solchen Reform könnte noch gewartet werden. Wenn das Wahlrecht Schattenseiten hat, dann könnten die Parteien selbst viel zur Besserung beitragen. Für ein Gesetz zur Bekämpfung der Splittlerpartei ist die Deutsche Volkspartei nicht zu haben. Diese Dinge müssen sich von selbst totlaufen. Die Einsicht wird wachsen, daß die Gründung berufständiger Parteien die größte Dummheit ist, daß wirtschaftliche Interessen wirksam nur in großen Parteien vertreten werden können. Wir sollten die gesetzgeberische Produktion etwas einschränken. Der Haß gegen Schwarz-Weiß-Not fördert nicht die Achtung vor Schwarz-Rot-Gold, die ich überall verlange. Wir müssen in diesen Fragen eine gewisse Toleranz walten lassen. Es ist doch schon in der Stabilisierung der Republik weit vorwärts gekommen. Man braucht nur die jetzigen Richtlinien der Deutschnationalen mit ihren früheren zu vergleichen. In der Frage der Einheitsbestrebungen warne ich davor, das Ziel zu weit zu stellen. Wir müssen kommen zu einer Vereinfachung der Enklaven und der lebensunfähigen kleinen Länder. Dann muß das Verhältnis Preußens zum Reich bereinigt werden. Man kann vielleicht auch die hemmungslose Macht des Reichstages durch Verhärtung der Macht des Reichsfinanzministeriums etwas beschränken. Eine Stärkung der Macht des Reichspräsidenten im Sinne der Ausführungen des Abg. Verndt ist kaum erforderlich. Die Macht des Reichspräsidenten wird allerdings geschwächt, wenn die Auswahl der Minister von Fraktionsbestimmungen abhängig gemacht wird. Aber das Scheitern des Schulgesetzes soll nach der Erklärung des Abg. Verndt die ganze christliche Elternschaft empört sein. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Wirth ist wahrheitsgemäß wie ich der Meinung, daß bei dem jetzigen System die christliche Schulerziehung gut gedeiht. Der verstorbenen Hofprediger Stöder hat sich gegen den Plan eines Schulgesetzes gewandt, der den Religionsunterricht in den Schulen in Abhängigkeit von den Kirchen bringen will. Er forderte ganz wie wir eine staatliche Schulhoheit, die auf die Wünsche der Elternschaft gebührende Rücksicht nimmt.

Abg. Koch-Beser (Dem.) begrüßt die Ausschufsanträge, die eine einheitliche Städteordnung, Gemeindeordnung und Verwaltungsgerichtsbarkeit und die Einführung der Reichsangehörigkeit anstelle der verschiedenen Staatsangehörigkeiten fordern. Die Souveränität der einzelnen Länder führe zu einer unerträglichen Zersplitterung der Kulturverwaltungen. Der nächste Reichstag werde ein Programm für die Einridtung des Einheitsstaates aufzustellen haben. Die Hoffnung auf eine Verständigung mit der Zentrumspartei in dieser Frage brauche noch nicht aufgegeben zu werden. Mit der Volkspartei werde man in der Einheitsfrage zusammengehen können. Der Einheitsstaat werde sich auch noch so durchsetzen lassen, daß man notfalls über rückständige Minderheiten im Wege der Gesetzgebung hinweggeht? Notwendig sei ein Austausch zwischen den Beamten des Reiches und der Länder. Die Wahlrechtsreform sei notwendig und die Splittlerpartei seien eine Gefahr für die parlamentarische Entwicklung. Vom Reichstag aus müsse einmal gegen den Unflug Stellung genommen werden, daß jede Vereinerung, die vom Reichstag oder Regierung etwas will, dies in Form eines Bierabends tun zu müssen glaubt.

Reichsinnenminister v. Reubell

erinnert an die Bestrebungen, die Reichseinheit unter Mitarbeit der Länder zu fördern. Die Reichsregierung lehnt in dieser Frage jede Lösung ab, die eine Vergewaltigung einzelner Teile unseres Vaterlandes bedeuten. Auch gesetzliche Lösungen können eine solche Vergewaltigung bedeuten. Wenn man von Souveränität der Länder sprach, so muß mir wohl die Freiheit gelassen werden, dieses Wort für die Eigenständigkeit anzuwenden, die wohl die Mehrheit des Hauses den Ländern lassen will. Bei einer gesetzlichen Regelung muß geprüft werden, ob die Überwindung von Widerständen nicht zu einer Schwächung des Gesamtorganismus des Reiches führt. Die parteipolitisch unüberdachte Ministerpräsidentenkonferenz hat sich einmütig für eine Revision der Weimarer Verfassung, aber nicht für den Einheitsstaat ausgesprochen. Bisher hat noch kein Reichstagsmitglied nachweisen können, daß der Einheitsstaat billiger arbeiten würde, als der jetzige Staat. Mit den Ausschufbeschlüssen in unitarischer Richtung würde der Reichstag der künftigen Verfassungsrevision vor-

greifen. Diese Beschlüsse würden sich auch ohne innere Erschütterungen kaum durchführen lassen. Die Pressekritik an der Annahme der afghanischen Orden hat sicherlich dem deutschen Ansehen im Auslande nicht gedient. Ich darf daran erinnern, daß ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister dem früheren Reichspräsidenten riet, die „Sonne von Peru“ als Erinnerungszeichen anzunehmen. Angriffe der oppositionellen Presse nötigen mich, einige Ausführungen über den angeblich von mir beabsichtigten deutschnationalen Beamten-schub zu machen. Ich bin schon seit dem vergangenen Sommer bemüht gewesen, an die Befegung wichtiger Referate den Grundsat der Vorkriegszeit anzuwenden, daß sie nämlich nicht von Regierungsministern, sondern von Ministerialräten oder Oberregierungsministern geleitet werden. Darum habe ich mich bemüht, solche Auftragsmöglichkeiten zu schaffen. Ich sehe es als verfassungswidrig an, wenn etwa einzelne Minister nach der Parteizugehörigkeit ihrer Beamten forschen. Der Minister spricht den Wunsch aus, daß das Jugendbeschäftigungsgesetz noch von diesem Reichstag verabschiedet werde. Das Scheitern des Schulgesetzes sei von der Vertretung der evangelischen Kirche tief bedauert worden.

Abg. Rosenbaum (Komm.) nennt das Reichsinnenministerium den zentralen Verwaltungsapparat des bürgerlichen Klassenstaates.

Am 18½ Uhr wird die Weiterberatung auf Samstag 19 Uhr vertagt. Auf der Tagesordnung steht weiter das Notprogramm zur Rentenbankkreditanstalt.

In der Freitagssitzung des Ältestenrates des Reichstages einigten sich sämtliche Parteien darüber, daß am 31. März die letzte Sitzung des gegenwärtigen Reichstages abgehalten werden soll. Der Arbeitsplan für die nächste Woche ist folgendermaßen festgesetzt worden:

Montag: Fortsetzung der Beratung des Haushalts des Innenministeriums und Nachtragsetat für 1928; Dienstag: Marineetat und Pensionsangelegenheit, Ergänzungsetat für 1928; Mittwoch: Haushalt der Reichsfinanzverwaltung und Etatsgesetz; Donnerstag: zweite und dritte Lesung des Gesetzes über die Kreditrentenbank, kleinere Vorlagen, Schlußabstimmung über das Überleitungs-gesetz; Freitag und Samstag: dritte Lesung des Etats.

Außerdem werden noch einige kleiner Vorlagen an den einzelnen Tagen eingeschoben werden.

Ob auch noch die Reform des Ehescheidungsrechtes, das Gesetz über den Schutz der Jugend bei Luftfahrten und die Novelle zum Tabaksteuergesetz zur Beratung kommen werden, darüber ist noch keine Einigung erzielt worden. Es wird vielmehr das Weitere noch in einer Ältestenratssitzung im Laufe der nächsten Woche besprochen werden.

Die Genfer Abrüstungsdebatte

Deutschland verlangt die Weltabrüstungskonferenz

Die Genfer Debatte brachte auch am Freitag kein Ergebnis. Graf Bernstorff begründete den von der deutschen Abordnung bereits vor einigen Tagen eingereichten Vorschlag für eine vollständige Veröffentlichung des Rüstungsstandes der Mitglieder des Völkerbundes in dem militärischen Jahrbuch. Nachdem sich gegenüber einem deutschen Antrag auf umgehende Vornahme der zweiten Lesung des französisch-englischen Abrüstungsentwurfes die Mehrheit des Ausschusses gegen eine solche ausgesprochen hatte, legte Graf Bernstorff einen Entschließungsentwurf vor, demzufolge der Vorbereitungsausschuß den Völkerbundsrat bitten solle, in seiner nächsten Tagung die erste allgemeine Abrüstungskonferenz einen Termin bald nach der nächsten Völkerbundstagung anzusetzen.

Litwinow stimmte dieser Entschließung zu, wohingegen Lord Cusheuden Vorbehalte geltend machte. Der weitere Verlauf der Aussprache brachte eine Beschleissung zwischen dem deutschen und dem französischen Delegierten über die Frage, inwieweit aus dem Völkerbundsstatut und dem Versailler Vertrag eine moralische und juristische Verpflichtung zur Abrüstung herguleiten ist. Eine Entscheidung über den deutschen Antrag und den vom Vorstandsbüro eingereichten Resolutionsentwurf ist am Freitag nicht gefallen.

In der Aussprache kündigte Litwinow die Einreichung eines neuen russischen Abkommensentwurfes für teilweise Abrüstung an.

Englische Stimmen über die gestrigen Vorgänge

M. London, 24. März. (Tel.) Die gestrigen Vorgänge auf der Genfer Abrüstungskonferenz nehmen in der Presse großen Raum ein. Alle Blätter betonen die bei den Erörterungen herrschende „Verwirrung“. Graf Bernstorffs bittere Kommentare zu der Nichtabstimmung der anderen Nationen werden hervorgehoben. Der Korrespondent der „Times“ erwähnt den scharfen Meinungsaustrausch zwischen dem Vertreter Frankreichs und Deutschlands. Graf Bernstorff habe eine ziemlich bittere Rede gehalten. „Daily Chronicle“ spricht von dem „Wandel auf der Genfer Konferenz“. Ein Telegramm des „Daily Herald“ ist überschrieben: „Konfusion in Genf“. In einem Leitartikel schreibt die „Times“: „Was den Moskauer Plan betreffe, so müßte die „sentimentale Unterfütterung“ dieses Planes vor den vorgebrachten vernünftigen Tatsachen und Beweisgründen hinweggeschmelzen. Der neue Plan Litwinows sei ein neuer Sophistenschwanz, die öffentliche Meinung in den bürgerlichen Staaten zu verwirren. „Morning Post“ und „Daily Telegraph“ wenden sich scharf gegen Litwinow und gegen die Anwesenheit der Sowjetdelegierten in Genf.

Die französisch-italienischen Beziehungen

M. London, 24. März. (Tel.) „Times“ berichtet aus Paris, seit der Ankunft des neuen französischen Botschafters in Rom hätten sich die französisch-italienischen Beziehungen langsam gebessert. Die pessimistischen Auffassungen der italienischen Presse über die Tanager-Konferenz würden von zuverlässiger Seite in Paris nicht geteilt, und ein befriedigender Abschluß der Konferenz werde erwartet. Es verlautet, daß es das Ziel der Regierungen Frankreichs und Italiens ist, im geeigneten Augenblick einen Freundschafts- und Schiedsvertrag abzuschließen. Es sei jedoch unmöglich, den Zeitpunkt über den Inhalt dieses Vertrages vorzusagen.

Die Pension Sagows. Das Reichsgericht hat entschieden, daß der preußische Staat dem früheren Regierungspräsidenten Trautmann von Sagow ab 1. Januar 1922 die gesetzlich zuzurechnenden Bezüge zu gewähren hat. Sagow war bekanntlich Polizeipräsident in Berlin und später Regierungspräsident in Breslau gewesen. Während des Kapp-Lutsches im März 1920 war er zum Innenminister ernannt worden. 1921 wurde Sagow wegen Beihilfe zum Hochverrat vom vierten Strafgericht des Reichsgerichts zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er verbüßte die Strafe mit dem Ruffächten Buchrucker in Gollnow. Nach drei Jahren wurde er begnadigt. Sagow war von der preußischen Regierung zur Disposition gestellt worden. Er lagte nun auf Bewilligung von Wartegeld für die Zeit vom 1. Januar 1922 bis Januar 1925.

Bebauungsplan der Stadt Karlsruhe

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 10. Februar beschlossen, die Bebauung des am Ettlinger Tor befindlichen freien Geländes in Angriff zu nehmen. Dieser Beschluß gibt uns Anlaß, nochmals auf die prinzipielle Seite der Durchführung des Karlsruher Bebauungsplans zurückzukommen.

Es ist sicherlich von jedem Karlsruher bisher schmerzhaft empfunden worden, an den verschiedensten Stellen des sonst eng geschlossenen Stadtbildes große bebauungswürdige Flächen brach liegen zu sehen, die nicht nur das Stadtbild aufs höchste verunzieren, sondern auch einzelne Stadtteile geradezu in verschiedene Teilquartiere zerstückeln.

Diese Mißstände scheinen größten Teils hervorgerufen zu sein durch die schwierigen Verhandlungen, die mit den Eigentümern der in Betracht kommenden Grundstücke geführt werden müssen, und es ist zu hoffen, daß besonders die mit der Reichsbahnverwaltung schon seit längerer Zeit geführten Kaufverhandlungen zu einem endgültigen Abschluß kommen, allerdings nicht noch immer die Stellungnahme der Reichsbahnverwaltung. Welche Gründe dafür vorliegen, daß diese sich noch nicht zu einer endgültigen Zusage hat entscheiden können, ist uns nicht bekannt. Es würde aber sicherlich nicht verstanden werden, wenn auf diese Weise Verzögerungen einträten, die es der Stadtverwaltung unmöglich machen, ihre wohlwollenden und gewiß im großen und ganzen auch beabsichtigten Bebauungspläne zu verwirklichen.

Es soll dabei nicht gesprochen werden von der ästhetischen Notwendigkeit, der Mittelstadt endlich ein einheitliches Gepräge zu geben, mit der raschesten Lösung dieser Eigentumsfragen hängen auch sehr wesentliche wirtschaftliche, städtische und staatsbürgerliche Interessen zusammen.

Der Drang vieler Wohnungsuchenden, sich möglichst weit außerhalb der Stadt in kleinen Einzelhäusern niederzulassen, ist wohl begreiflich. Aber in einer Zeit größter Kapitalnot, müssen diese mehr idealen Gesichtspunkte zurücktreten gegenüber den Fragen der Wirtschaftlichkeit. Mit Verwunderung muß man zusehen, wie die Städte gezwungen sind, ihre elektrischen Bahnen weit hinaus vorzuschieben, außerordentliche Aufwendungen zu machen für die Verlängerung der elektrischen, Gas- und Wasserleitungen und für auf lange Jahre hinaus unrentable Straßenbauten. Eine planmäßige Konzentration würde offensichtlich erhebliche Ersparnisse in dieser Hinsicht bringen. Hieraus würden die städtischen Finanzen große Vorteile ziehen; die Gemeinuerträge aus den Verkehrs- oder wirtschaftlichen Unternehmungen müßten erheblich steigen.

Die Vorurteile, die mancher gegen das Wohnen in sogenannten Mietstörernen hegt, können schon dadurch teilweise beseitigt werden, daß man auf den Bau von Seiten- und Hintergebäuden verzichtet. Aber auch den hygienischen Anforderungen kann man heuteutage bei der Herstellung großer Häuserblöcke in vollem Maße gerecht werden.

Es bedeutet eine wesentliche Ersparnis für den Bewohner dieser Häuser, wenn er nicht Tag für Tag für sich und seine Familie Aufwendungen für den Weg nach der Stadt zu machen hat. Die in den Blockblöcken untergebrachten Wohnungen — namentlich in den höheren Stockwerken — dürften, was Luft und Licht anlangt, wohl kaum denjenigen Wohnungen nachstehen, die sich in den neuen Einfamilienhäusern befinden. Dagegen werden durch gemeinschaftliche Zentralheizungsanlagen, Wäscherien und andere derartige Einrichtungen ganz gewiß erhebliche Haushaltskosten eingespart werden können.

Ganz im gleichen Sinne behandelt der bekannte Berliner Bauunternehmer, Georg Haberland, in seiner Schrift über die Berliner Wohnungsversorgung die vorstehenden Fragen. Nachdem er berechnet hat, daß die Herstellungskosten einer 2½-Zimmerwohnung (ohne Bodenkosten) im Zweifelhäuserhaus 15 830 *M.*, im Dreifelhäuserhaus 13 320 *M.*, im Vierstückerhaus 11 840 *M.* und im Fünfstückerhaus 10 860 *M.* kosten (bei offener Baumeise natürlich entsprechend mehr), führt er folgende weitere Momente gegen den Flachhausbau an:

Die Bevorzugung des Flachbaus, die noch durch die Grundstücke bei Berechnung der Hauszinssteuerhypotheken gesteigert ist, bedeutet für die Städte erhöhten Kapitalaufwand für Gas-, Wasser- und Stromleitungen (außerdem für Wegebau) und für Verkehrsmittel. In einer Zeit, in der die städtischen Finanzreferenten der Aufgabe der Kapitalbeschaffung raslos gegenüberstehen, darf man wirklich in der Wohnungsplanung nicht so tun, als gäbe es kein Kapitalproblem. Man soll in den Ansprüchen unerschrocken sein, auf die es ankommt: Luft, Licht, solider Bau und Arbeit sparende Einrichtungen. Aber um gerade vom Notwendigen keinen Abstrich machen zu müssen, soll man auf das Vorurteil verzichten, als könne man durch die Zentralisierung der Wohnungen im Leben der Minderbemittelten etwas Wesentliches verbessern.

Es wäre wertvoll, wenn man die Wohnungsuchenden einmal auf die Vorteile der modernen geschlossenen Wohnweise aufmerksam machen würde; um so mehr, als man darauf hinweisen könnte, daß die neu zu erbauenden Häuser weitestlich solider hergestellt werden, als viele Neubauten draußen vor den Toren gebaut zu sein scheinen.

Natürlich gelten diese Erwägungen nicht nur für die Bebauung des Ettlinger-Tor-Platzes, sondern ganz allgemein.

Soweit aus dem Vorhaben der Stadt ersichtlich ist, will man das neue Wohnviertel zu gleicher Zeit zu einem Geschäftsviertel gestalten, eine durchaus begrüßenswerte Idee. Wenn man aber so ist, so muß man vermeiden, große öffentliche Gebäude dazwischen zu schieben, die den Eindruck eines Geschäftsviertels stark beeinträchtigen und damit den Wert der dort entstehenden Geschäfte herabmindern. Man betrachte nur einmal die Karl-Friedrich-Straße in ihrer Zerrissenheit durch staatliche und private Bauten. Nur schwer wird der Geschäftswert sich hier erholen.

Aus diesem Grunde auch begrüßen wir es, wenn die Handelschule nicht in die neuen Baublöcke, sondern in das bisherige Staatsstechnikum verlegt wird. Die Anregung des Kultusministeriums, das Gebäude des Staatsstechnikums der Stadt Karlsruhe zur Unterbringung der gesamten Handelschulen zur Verfügung zu stellen, ist durchaus zweckmäßig. Die Handelschule könnte damit einen relativ sehr ruhig gelegenen Arbeitsbau beziehen, der mindestens ebenso rasch von allen Seiten zu erreichen ist, wie irgend ein Gebäude an einer anderen Stelle der Stadt. Man darf nicht vergessen, daß die Kreuzung der Straßenbahn an der Karl- und Kaiserstraße von sämtlichen Bewohnern der Stadt mit am leichtesten zu erreichen ist. Es schadet den Besuchern der Hand-

elschule auch nichts, wenn sie sich in den zur Verfügung stehenden Räumen im Hardwald erholen können.

Darüber sind sich alle, denen das Staatsstechnikum unter keinen Umständen von Karlsruhe wegverlegt werden darf, auch nicht in einem seiner Teile. Durch die Verlegung der Handelschule in die Rottfeststraße wird dieser Gefahr vorgebeugt werden, da dann die Mittel dafür gewonnen werden, das Staatsstechnikum etwa, wie geplant ist, in das Gottesauer Schloßchen zu verlegen. Die Oststadtbewohner hätten dagegen sicherlich nichts einzuwenden, da sie sich wohl mit Recht gegenüber den Bewohnern der anderen Stadtviertel etwas zurückgesetzt fühlen. Zugleich würde damit eines der reizvollsten Gebäude in Karlsruhe der gegenwärtigen Verwahrlosung entzogen.

Aber freilich, auch in dieser Beziehung besteht bei den Karlsruhern der dringende Wunsch, daß die Verhandlungen so rasch wie möglich zum Abschluß kommen. Das kann ja um so leichter geschehen, als es sich dabei um das Kultus- und Finanzministerium handelt, die sicherlich im Interesse der endgültigen Planung alles tun, um die Zeit der Unsicherheit möglichst abzukürzen. Nichts ist für die Einwohnerschaft unerträglicher als Ungewißheit. Selbstverständlich treten mit jedem großzügigen Plan zunächst Wertminderungen und -minderungen auf. Je rascher die Ungewißheit beseitigt wird, um so rascher werden die wirtschaftlichen Verhältnisse ihren zwangsläufigen Gang gehen und so keine allzu große Verdrossenheit und keinen allzu tiefen Nihilismus der sich zunächst betroffen fühlen, aufkommen lassen. Weist hat es sich ja gezeigt, daß in wirtschaftlicher Notwendigkeit liegende Veränderungen auf die Dauer allen Teilen gleichmäßig gerecht werden.

Den tatkräftigen Vorkämpfern für die nunmehr geplanten neuen Anlagen muß man wünschen, daß ihrer unermüdbaren Arbeit ein baldiger Erfolg beschieden ist. Die Stadt Karlsruhe wird ganz bestimmt, wenn die nunmehrigen Pläne durchgeführt sind, nicht nur ein ästhetisch durchaus befriedigendes Stadtbild aufweisen, sondern sich auch das Verdienst zurechnen dürfen, den wirtschaftlichen und kulturellen Interessen Karlsruhes im besten Sinne des Wortes gedient zu haben.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Plenarsitzung am Mittwoch

Der badische Landtag wird am nächsten Mittwoch, den 28. d. M., zu einer Plenarsitzung zusammenzutreten, für die folgende Tagesordnung vorgelegt ist:

Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über die Mandatsniederlegung der Abg. Frau Berberle. Mündliche Berichte des Haushaltsausschusses und Beratung über den Gesetzentwurf über die Steuererhebung in den Monaten April bis September 1928, ferner über die Beschwerde des Abg. Bod wegen Verweigerung des Aufschlags für die Teilnahme der kommunistischen Abgeordneten an Ausschusssitzungen. Mündliche Berichte des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf über die Umwandlung der abgeordneten Gemarzung Brombach in eine Gemeinde, sowie über die Anträge der Abg. Kühn und Genossen betreffend Bau einer Automobilstraße Hamburg-Frankfurt-Wesel, der Abg. Bod und Genossen betreffend Änderung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Der letzte Punkt der Tagesordnung sieht die Erledigung verschiedener Gesetze vor.

Der Haushaltsausschuss

führte am Freitag die Beratungen über das Budget des Finanzministeriums zu Ende.

Der Etat der Forstverwaltung wurde in den Ausgaben mit 10 180 520 *M.* und in Einnahmen mit 18 753 700 *M.* angenommen. Auf eine Frage von volksparteilicher Seite wie sich das Verhältnis des Landesforstmeisters zur Beamtenpflicht gestaltet habe und wie sich die Forstverwaltung bewähre, erklärte der Minister, in dienstlicher Hinsicht beständen keine Schwierigkeiten. Die freie Meinungsäußerung sei eine Pflicht der Beamten, doch wenn durch kollegiale Beschlußfassung oder Anordnung des Ministers Maßnahmen getroffen seien, da müßten sie auch durchgeführt werden und dürften in der Tagespresse durch Beamte nicht belächelt werden. Das System des Landesforstmeisters finde immer mehr Anerkennung. Die Forsten und Domänen seien Einnahmequellen des Staates. Es sei daher hier eine Organisation ähnlich dem Badenwerke nicht durchführbar. Beamte, die einen Komplex von etwa 400 Hektar zu beaufsichtigen hätten, würden im allgemeinen planmäßig angestellt. Es wurde darauf hingewiesen, daß Badenwald sich weniger rentierte als anderer Wald. Man sollte dahin streben, etwa 90 Prozent Nadelholz und 10 Prozent Laubwald zu erhalten. Das Ziel müsse sein 70 Prozent Nadelholz und 30 Prozent Brennholz.

Ein sozialdemokratischer Redner stimmt den Grundgeden der Forstverwaltung zu. Ein Zentrumsvorredner tritt für die gemischten Waldungen ein. Die Kulturkosten seien zu hoch. Mit dem Schirmschlag habe man im Oberlande teilweise schlechte Erfahrungen gemacht.

Von einem Regierungsvertreter wurde erklärt, daß in den Waldungen des badischen Unterlandes im letzten Jahre die Riefenblattwesppe in gefährlicher Weise aufgetreten sei. Man habe sie in erfolgreicher Weise dadurch bekämpft, daß man mittels Flugzeug Arsenpräparate ausstreute. Die Gefahr könnte als beseitigt betrachtet werden. Der normale Diebstahl beträgt 700 000 Pfennige, der Diebstahl 845 000 Pfennige vorgezogen.

Ein sozialdemokratischer Redner bemängelt, daß die höchsten Preise herausgeholt würden. Daraus trete eine Verteuerung des Wohnungsbaus ein.

Bezüglich des Anlaufes von Holz zwecks Abrundung des Staatswaldbestandes bemerkte der Minister, daß Erwerbungen zur Abrundung des Staatsbesitzes notwendig seien, doch konnten größere Erwerbungen nicht durchgeführt werden, weil dem Staate die notwendigen Mittel nicht zur Verfügung ständen. Der Etat werde schließlich angenommen.

Außerdem erledigte der Haushaltsausschuss den Vorschlag der Landeshaupthaus der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung, den Titel „außerordentliche Wohnungen und Beihilfen“ und den Titel „verschiedene Ausgaben“.

Auf die Anfrage eines demokratischen Vertreters wegen der Fortführung der Bahn Seebund-St. Blasien und Peterstal-Griesbach erklärte der Minister, die Bahnen könnten zur Zeit wegen Mangels an Mitteln nicht weitergeführt werden.

Der Minister gab bekannt, daß die Beteiligung des badischen Staates an zahlreichen wirtschaftlichen Unternehmungen dem Staate eine Jahreseinnahme von 2 063 540 *M.* erbringe.

Der Haushaltsausschuss tritt am Dienstag, den 27. d. M., nachmittags wieder zusammen und hofft, die Budgetberatungen mit Ausnahme des persönlichen Etats in dieser Woche zu Ende führen zu können.

Änderung der Ortsbezeichnungen der Stadt Billingen und der Gemeinden Königsfeld und Schönwald

Das Staatsministerium hat beschlossen, daß mit Wirkung vom 1. April 1928 die Stadt Billingen den Namen „Bilingen im Schwarzwald“, die Gemeinde Königsfeld den Namen „Königsfeld im Schwarzwald“ und die Gemeinde Schönwald den Namen „Schönwald im Schwarzwald“ zu führen haben.

Ein letzter Mahnruf

Der morgige Sonntag soll ein Hilfs- und — wie wir hoffen — auch ein reicher Erntetag für die badischen Taubstummen sein. Keiner entziehe sich der selbstverständlichen sozialen und ethischen Pflicht, durch eine Gabe beizutragen zur Linderung des Loses der vom Schicksal schwer geprüften taubstummen Mitbürger und Mitbürgerinnen. Öffnet die Herzen und den —beutel!

Kein Sichtvermerk mehr nach Mexiko

Die mexikanische Regierung hat ihre Behörden angewiesen, neben der vorgeschriebenen — für Einwanderer gebührenden — für andere Reisende lofternen — Identitätskarte Sichtvermerke von Deutschen Reichsangehörigen nicht mehr zu fordern. Die deutschen Sichtvermerksbehörden werden dementsprechend an mexikanische Staatsangehörige, sofern sie nicht dauernd nach Deutschland überziehen wollen, die erforderlichen Sichtvermerke gebührenfrei erteilen.

Aus der Landeshauptstadt

Der Umbau der Kaiserstraße soll nach dem vom städtischen Tiefbauamt aufgestellten Bauprogramm in drei Abschnitten erfolgen und bis Ende Juni d. J. durchgeführt sein.

In vier Stunden von Karlsruhe nach Berlin. In diesem Jahre soll eine Schnellflugverbindung eingerichtet werden in der Weise, daß morgens ungefähr um 6 Uhr in Karlsruhe gestartet wird, und daß die Landung um 10.10 Uhr in Berlin erfolgt. An dieser Linie sind noch die Städte Mannheim und Frankfurt a. M. beteiligt; zwischen Frankfurt a. M. und Berlin findet keine Zwischenlandung mehr statt. Diese Linie gewährt gleichzeitig eine sehr gute Frühverbindung über Frankfurt a. M. nach Köln. Die Ankunft in Köln erfolgt 8.10 Uhr. In Köln besteht unmittelbar Anschluß nach London, mit Ankunft 13.30 Uhr. London ist somit von Karlsruhe in 7½ Stunden mit dem Flugzeug zu erreichen.

Plastischer Schmuck in Karlsruhe. Die Stadt erwirbt nach einem Beschluß des Stadtrates einen von Bildhauer Sutor entworfenen in Steinzeug ausgeführten Brunnen; er wird im Stadtpark, gegenüber dem nördlichen Eingang aufgestellt werden. Zum Schmuck des Platzes hinter der kleinen Kirche wird eine Bildsäule in Form einer Wegsäule in Auftrag gegeben.

Badisches Landestheater. Die sechste Vorstellung der Sondernorm für Auswärtige am Sonntag, den 25. März, nachmittags 15 Uhr, bringt infolge Erkrankungen an Stelle von „Samson und Dalila“ Vorhänge tomische Oper „Der Waffenschmied“ unter der musikalischen Leitung von Joseph Reibeth. Als Abendvorstellung gelangt Weber's romantische Oper „Der Freischütz“ zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Josef Kripps.

Wetternachrichten der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Zustrom warmer Luft hat auch gestern angehalten (Höchsttemperatur am 23. März in Karlsruhe plus 19 Grad Celsius). Heute früh liegt ein ausgedehntes Regengebiet von der Oberrheinebene bis ins Mittelmeer. Eine weitere Regenfront liegt über Frankreich. Da über der Biskaya neue Störungen sich bilden, wird die milde, zeitweise zu leichten Regenfällen neigende Bitterung voraussichtlich auch morgen anhalten. Wetterausblick für Sonntag: Anhaltend mild und vielfach wolfig, zeitweise leichte Niederschläge, südliche Winde.

Kurze Nachrichten aus Baden

H. Heibelberg, 23. März. Am Sonntag vormittag wird eine Vertretung der Techn. Hochschule in Karlsruhe mit dem Rektor im alten Gaswerk dem Leiter der städtischen Werke, Oberbaudirektor Kudak, in feierlicher Sitzung das Ehren-doktorat überreichen.

H. Bühl, 23. März. Das Denkmal der 149er auf der Burg Windeck wird von der Kaufirma Wolf We. ausgeführt. Die Grundsteinlegung ist für den ersten Sonntag im Mai vorgesehen. Der Platz ist vorzüglich, denn von ihm genießt man eine weite Schau in das Land.

Bandel und Wirtschaft

Berliner Teufelnottierungen

	24. März	23. März		
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.34	168.68	168.28	168.62
Kopenhagen 100 Kr.	111.99	112.21	112.03	112.25
Italien . . . 100 L.	22.085	22.125	22.075	22.115
London . . . 1 Pf.	20.398	20.438	20.396	20.436
New York . . . 1 D.	4.1780	4.1860	4.1780	4.1860
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.445	16.485
Schweiz . . . 100 Fr.	80.485	80.645	80.485	80.645
Wien 100 Schilling	58.78	58.90	58.80	58.92
Brag . . . 100 Kr.	12.58	12.40	12.382	12.402

Anleihe der Stadt Frankfurt a. M. Ein Konsortium, dem von badischen Banken die Rheinische Creditbank, das Bankhaus Straus & Co. und die Süddeutsche Discontogesellschaft A.-G. angehören, hat mit der Stadtverwaltung Frankfurt eine Anleihe von 20 Millionen Reichsmark abgeschlossen, die in Form von dreijährigen Schatzanweisungen zur öffentlichen Zeichnung gelangt. Die näheren Bedingungen der Emission werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Koffer-Müller

Haus für Reise und für Lederwaren

Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165

Besonders vorteilhafte Konfirmations- und Kommunion - Geschenke

in Damentaschen/Brieftaschen/Schreibmappen Geldbeutel / Aktenmappen / Necessaires Nagelpflege- und Näh-Etuis

Für den Schul-Anfang

Eigenes Fabrikat in handgenähten Schulranzen Mappen - Schreib-Etuis

Unser ganzes Haus

ist in allen seinen Abteilungen wohlgerüstet für das OSTERFEST und wird den höchsten Anforderungen in Bezug auf außerordentliche Preiswürdigkeit und gute Ware gerecht. Reich ist die Auswahl in Ostergeschenken und in allen Artikeln für den Osterfesttisch.

GESCHW. KNOPF

Bellino & Cie., G.m.b.H. Emaillier-, Stanz- und Metall-Werke Göppingen



Verkauf durch Geschäfte der Haus- Küchengeräte und Eisenbranche



Badisches Landestheater

Montag, den 26. März 1928
Th.-Gem. 3. S.-Or. (1. und 2. Hälfte)

9. Sinfoniekonzert

des Badischen Landestheaterorchesters
Leitung: Josef Strips
Solistin: Magda Strad

1. Zum erstenmal: Nieder des Abschieds, Opus 14
2. Fünfte Sinfonie

Magda Strad Korngold
Anfang 20 Uhr Ende 22 Uhr
I. Rang und I. Sperrfisch 4 Mk

Vorankündigung
In der Städtischen Festhalle
Montag, den 16. April 1928

Leitung: Josef Strips
Solisten: Franz Philipp, Magda Strad, Theo Strad
Sorelli Malepico: Orgelkonzert (Uraufführung)
Mahler: Das Lied von der Erde

Bekanntmachung.

Zur Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer beim Versicherungsamt Karlsruhe wurden folgende gültigen

Vorschlagslisten eingereicht.

I. Seitens der Arbeitnehmer
Seite A

Wahlvorschlag
des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes Karlsruhe
und des Christlichen Gewerkschaftsvereins Karlsruhe
zu den Vertreterwahlen des Versicherungsamts
Karlsruhe.

1. Bachmann Adolf, Maschinenmeister, Adlerstr. 1.
2. Kies Wilhelm, Gewerkschaftsangehöriger, Geibelstr. 10.
3. Huber Heinrich, Schreiner, Durlach, Auerstr. 30.
4. Fischer Simon, Gipser, Sternbergstr. 7.
5. Gaiser Robert, Kraftfahrer, Akademiestr. 37.
6. Eichbaum Georg, Gewerkschaftssekretär, Ruppurzer Str. 10.
7. Koch Wilhelm, Geschäftsführer, Schützenstr. 16.
8. Köhl Bruno, Werkmeister, Durmersheimer Str. 5.
9. Rieger Adolf, Baker, Essenweinstr. 44.
10. Maier Wilhelm, Geschäftsführer, Schützenstr. 16.
11. Rappert Bruno, Schreiner, Akademiestr. 23.
12. Seig Karl, Dreher, Gutenbergplatz 4.
13. Maier Josef, Maler, Rintheim, Gärtenweg 36.
14. Niedl Hans, Geschäftsführer, Wilhelmstr. 69.
15. Streib Max, Zementeur, Hirschstr. 45.
16. Müller Franz, Buchbinder, Sofienstr. 56.
17. Bolm Johann, Schreiner, Rarientstr. 27.
18. Müller Georg, Städt. Arbeiter, Gerwigstr. 56.

II. Seitens der Arbeitgeber.
Seite A

Vorschlagsliste
Industrie, Handwerk, Landwirtschaft, Einzelhandel,
Großhandel, Gastwirte, Karlsruher Hausfrauenbund,
Rath. Frauenbund, Postbetriebskrankenkasse, zur
Wahl der Versicherungsvertreter als Beisitzer des
Versicherungsamts Karlsruhe.

1. Sonntag August, Fabrikdirektor, Karlsruhe, Durlacher Allee 81.

2. Doldt Ferdinand, Maurermeister, Karlsruhe, Rheinstr. 21.
3. Weil J., Fabrikant, Graben.
4. Kösch Ludwig, Landwirt, Graben.
5. Zabel August, Profurist, Karlsruhe, Magaustr. 28.
6. Glaser Karl, Malermeister, Karlsruhe, Karl-Wilhelm-Str. 12.
7. Heß Joh. Aug., Kaufmann, Karlsruhe, Links der Alb 20.
8. Ufer Bernh. Otto, Kaufmann, Karlsruhe, Karlstr. 66.
9. Gasselwanger Franz, Freiermeister, Karlsruhe, Karlstr. 29.
10. Barth Hans, Fabrikant, Karlsruhe, Voltsestr. 37.
11. Anti August, Gastwirt, Karlsruhe, Kaiserstr. 42.
12. Maier Frh., Postinspektor, Karlsruhe, Uhländstr. 42.
13. Dr. Günthel Emil, Fabrikdirektor, Durmersheimer Str. 61.
14. Krieger Philipp, Maurermeister, Durlach, Weingartner Str. 18.
15. Eglinger Frau Maria, Karlsruhe, Kriegsstr. 140.
16. Meher Fel. Mathilde, Karlsruhe, Zollstr. 5.
17. Heinsheimer Otto, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Karlstr. 38.
18. Groß Heinrich, Landwirt, Welschneurent.

Da seitens der Arbeitgeber wie seitens der Arbeitnehmer nur je eine gültige Vorschlagsliste eingereicht wurde, gelten die unter D.-Z. 1-6 jeder Liste bezeichneten Personen als gewählt. Eine Wahl findet daher am 25. März 1928 nicht statt. D.-Z. 24

Karlsruhe, den 23. März 1928. M. 796
Badisches Bezirksamt. — Versicherungsamt.
Der Wahlleiter:
H. M u r a n n, Regierungsrat.

Aber die Frage des Vorfahrtrechtes bestehen bei den Fahrzeugbenutzern vielfach noch Zweifel insofern, als viele Kraftwagenführer der Ansicht sind, daß sie an Straßenkreuzungen und Einmündungen mit ihrem Kraftfahrzeug in jedem Fall einem Radfahrer oder einem Fuhrwerk gegenüber das Vorfahrtrecht hätten. Diese Ansicht, die verhängnisvolle Folgen haben kann, ist falsch. Vielmehr ist nach der Reichsverordnung über den Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dez. 1925 in der Fassung vom 28. Juli 1926 in Verbindung mit der Straßenverkehrsordnung vom 6. Juni 1926 in bezug auf das Vorfahrtrecht ein Fahrzeug dem anderen gleichgestellt, einerlei, ob es sich um Fuhrwerk, Radfahrer, Motorradfahrer, Kraftwagen oder Omnibus handelt. Es muß also sehr wohl ein Kraftwagenführer einem zur Vorfahrt berechtigtem Radfahrer oder Fuhrwerk die Vorfahrt lassen. D.-Z. 19
Karlsruhe, den 15. März 1928. M. 795
Polizeidirektion C.

Die Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche.

Die Maul- und Klauenseuche in Hochstetten ist erloschen. Die angeordneten Schutzmaßnahmen wurden aufgehoben. M. 794
Karlsruhe, den 22. März 1928. D.-Z. 23
Badisches Bezirksamt.
Abteilung IV.

Gemeinde-Sparkasse Nußloch

(Öffentliche Sparkasse)
Bilanz auf den 31. Dezember 1926.

Aktiva	Mk	Passiva	Mk
1. Kassenbestand	8 635,22	1. Spareinlagen	301 023,85
2. Darlehen gegen Hypothek	210 837,21	2. Giroeinlagen	152 899,58
3. Darlehen gegen Schuldschein	132 411,—	3. Anlehenskapital	140 856,21
4. Kredite in laufender Rechnung	120 801,04	4. Rücklagen von früheren Jahren	6 250,85
5. Guthaben bei Girozentrale und sonst. Banken	133 595,20	5. Reingewinn von 1926	8 878,81
6. Einnahmerückstände	2 775,63		
7. Gerätschaften	854,—		
	609 909,30		609 909,30

Berechnung der Rücklagen.

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
5% aus 453 923,43 Gesamteinnahmen 22 696,17
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1926 15 129,66
Somit weniger: 7 566,51

Nußloch, den 16. März 1928. M. 758
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Bauer, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Pfister.

Druck G. Braun, Karlsruhe

Große Festhalle

Sonntag 1. April, 11 Uhr vorm.

Franz Liszt:

Die Legende von der heiligen Elisabeth

Oratorium für Solostimmen, gemischter Chor und Orchester
aufgeführt durch die

Mannheimer Volkssingakademie
(ca. 500 Mitwirkende)

Leitung: Prof. Arnold Schattschneider
Solisten: Ria Ginster, Frankfurt, Sopran
Luise Debonie, Straßburg, Alt
Johannes Willy, Frankfurt, Bariton
Wilhelm Krauß, Karlsruhe, Orgel

Das Badische Landestheaterorchester
Karten zu 2, 3, 4 und 5 Mk; Text zu 30 Pf bei 388

Kurt Neufeldt
Waldstr. 39, Tel. 2577

Wir sind nun soweit

in der Vervollkommnung moderner Fleißarbeit und dadurch bedingten Verbilligung, daß es jedermann leicht möglich ist, unsere Garnitur Mercedes 15b, wie Bild, atleilig, gute solide Verarbeitung, eine Zierde für jeden Raum (Tisch auch vierseitig zum konkurrenzlos billigen Preis von 50,— RM in weiß gebleicht, von 78,— RM mit strapazierfähiger, eleganter Sitz- u. Rückenpolsterung (wunderhübsche Dekors) in japanbraun



gebeizt, ruhiger, feiner Ton je 10% mehr, moderne Tischdecke Mk. 5,— bzw. Mk. 10,— (Kurbelsticker), zu erwerben. Nur ein Viertel Anzahlung, Rest in 6 Monatsraten. Beiganzes Vorauskass oder Nachnahme noch 3% Rabatt extra, außerdem ein hübsches Geschenk (Tischdecke, Henkel- oder Brotkorb, Fruchtschale usw. usw.). Diese Garnitur wird Ihnen Freude machen. Bestellen Sie sofort. Rahmbildfabrik „Mercedes“ Daiber & Geiser, Lorch (Witbg.).

Evangel. Stadtkirche in Karlsruhe.

Auf Grund des § 29 Pol.-Str.-G.-B. wird die Kirchstraße mit sofortiger Wirkung für Lastfahrzeuge aller Art gesperrt. M. 808
Zwischenhandlungen werden mit Haft bis zu 6 Wochen oder Geldstrafe bis zu 150 Mk bestraft.
Karlsruhe, den 23. März 1928. D.-Z. 25
Bezirksamt — Polizeidirektion C. —



Badisches Landestheater

Sonntag, 25. März 1928
Nachmittags 15 Uhr

6. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Der Waffenschmied

von Lorhing
Musikalische Leitung:
Josef Strips
In Szene gesetzt von Robert Debert

Stadtinger Vogel
Marie Schneider
Liebenau Beyrauch
Georg Lauffötter
Adelhof Löfer
Jementraut Weiner
Brenner Gröbinger
Weselle Arca

Anfang 15 Ende nach 17 1/2
I. Rang und I. Sperrfisch 4 Mk

Sonntag, 26. März 1928
*A 21

Abends: Der Freischütz

von Weber
Musikalische Leitung:
Josef Strips
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Ottolar Beyrauch
Runo Gröbinger
Kathe Franz
Kernchen Schneider
Kaspar Dr. Bucherpfennig
Wag Witt
Samuel Prüter
Kilian Lauffötter
Grenit Vogel

Leih
Sernsdorff
Winter
Bugeff
Busch
Paulus
Ofer
Fischbach
Münch

Gröbinger
Bündemann
Kilian

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperrfisch 8 Mk.

Di. 27. März: Zwölftausend.

Freihändler Langmühlholz-Verkauf

des Bad. Forstamts Guchenfeld in Forstheim (Jennruf 2151) 3335 im Tannen und Fichten, 1450 im Föhren. Angebote nur in ganzen Prozenten der L.G.B. 1927 bis spätestens Freitag, den 30. März 1928, nachmittags 4 Uhr, erbeten. Auskunft und Losberzeichnisse durch das Forstamt. M. 774

COLOSSEUM

Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die neue REVUE

Geheimnisse des Harems

Bräutigam
jungfern

Jäger

Di. 27. März: Zwölftausend.